

# Schneider-Zeitung

Organ

des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen  
und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefon B 1547.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh.,  
Palmstraße 14.

Bestellungen für direkte Zusendung  
Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle  
zu richten.

Redaktionschluss:  
Montag-Mittag.

Erscheint alle 14 Tage Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
ohne Postgebühren.  
Abonnements-Bestellungen nimmt jede  
Postanstalt entgegen.  
Bei Zusendung unter Kreuzband 1.20 M.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ  
gratis.

Nr. 12.

Köln, den 15. Juni 1912.

9. Jahrgang.

**Inhalt:** Freiheit. — Zum Gewerkschaftstreit. — Reichs-  
tarifvertrag. — Wie bringen wir unsere Bewegung  
vorwärts. — Sozialistische Redenabfassung. — Gewerkschafts-  
taktik im Tarifwesen. — Das Verbot der Arbeitervereine.  
— Der Kirch-Wanderer, „Berichterhalter.“ — Er will es  
nicht gelagt haben. — Lohnbewegungen und Differenzen. —  
Verbandsnachrichten. — Aus den Jahrestellen: Breslau, Misingen.  
— Eine christlich-nationale Grundlegung an der Porta West-  
falica. — Arbeitsnachweis. — Abschiedsänderung. — Literarisches.  
Jahres. — Feuilleton: Arbeit. — Die Schöpfungserzelen  
beim Knopfnadelhüfer. —

## Freiheit.

Ein Teil der Gesellschaft im Staat behandelt den an-  
deren Teil als Kriegsgefangenen, als rechtlos oder als ge-  
ringeren Rechtes, die Freiheit befehrt aber darin, daß alle  
gleiches Rechtes werden. (Roumann.)

In seiner Schrift „Das Ideal der Freiheit“ bezeichnet  
Fr. Roumann denjenigen als „unfrei“, der „die Voraus-  
setzungen seines Daseins nicht rationell berechnen“ kann.  
Verständlicher wird's, wenn wir umgekehrt sagen: frei ist  
wer über sich selbst der eigenen besten Einsicht gemäß zur  
möglichst günstigen Gestaltung seines Daseins verfügen  
kann.

Ist der Arbeiter frei? Als Antwort eine weitere Frage:  
Was will er zur günstigen Gestaltung seines Daseins  
machen, der auf der „Schwarzen Liste“ steht? Hier fällt  
man's mit Händen, wie der Arbeiter „Kriegsgefangener“ ist.  
Jede Waffe, mit der er sich wehren könnte, ist ihm ge-  
nommen: was will er gegen die Hebermacht.

Und wir haben es doch verbrocht, daß alle gleichen  
Rechtes sein sollen! Die Tatsachen lachen der „Ver-  
dringung“. Bedarf es noch der Beweis? Beantworte dir  
doch selbst die Frage, ob du die Voraussetzungen deines  
Daseins „rationell berechnen“ kannst. Du mußt mir zu-  
geben: nein, ich kann es nicht. Du bist also unfrei! Das  
magst du drehen und drehen wie du willst: Das Resultat  
bleibt dasselbe. Nir's nicht ein unbehagliches Gefühl?

Und doch sage ich dir nichts neues. Seit Jahren hört  
du es in den Versammlungen und kannst es in den Ar-  
beiterorganen lesen. Wie soll's denn anders werden?  
Auch das ist dir hundertmal, bis zum Überdruß wiederholt  
dargelegt worden. Es gibt einen Weg, der alle Aussicht  
bietet für die Erreichung dieses Zieles, „daß alle gleichen  
Rechtes werden“: Die Organisation.

Wißt du immer Kriegsgefangenen bleiben? immer ein  
„Unfreier“ sein? Torheit! Auf denn, gehe den Weg, der  
dir gezeigt worden zur Abschüttelung des Joch's, zur Er-  
reichung der Freiheit! Reibe alle mit, die mit dir leiden,  
mit dir Kriegsgefangenen sind. Allein kannst du nichts. Nur  
wenn die Gesamtheit oder doch der größte Teil auf die  
Schanzen kömmt, ist Aussicht auf Erfolg. Dann mag's  
gelingen, die Freiheit zu erwirken, die darin besteht, „daß  
alle gleichen Rechtes werden!“

## Zum Gewerkschaftstreit.

Das Ende der christlichen Gewerkschaften ist be-  
liegt. So jubelt in den ersten Tagen nach Pfingsten  
die sozialdemokratische und die ihr sehr verwandte  
christentumsfeindliche Presse. Der Papst, so hieß es  
habe gesprochen — und was er sagte, käme einem  
direkten Verbot gleich. Darüber eitel Freude und  
Wonne im Lager der Gegner der christlichen Gewerks-  
schaften und aus Kreisen heraus, denen sonst kein  
Wort zu schlecht ist, das Oberhaupt der katholischen  
Christenheit zu bekämpfen findet man Worte der An-  
erkennung ob der geschehenen Tat. Wir möchten nur  
wünschen, daß sich die Stellen, welche die Veran-  
lassung zu den Worten des Papstes waren, nicht noch  
einmal benötigt sind auszurufen: „Derr ich übe  
mich vor meinen Freunden!“

Woher der vorläufige Jubel? Auf dem Delegier-  
tentage der Arbeitervereine „Sitz Berlin“ wurde  
berichtet, daß Papst Pius X. in seiner Antwort auf  
eine Adresse die Differenzen des Berliner Verbandes  
mit „anderen“ Verbänden berührt und sich gegen die  
Trennung der wirtschaftlichen Seite des Lebens von

der Religion ausgesprochen habe. Die markanteiten  
Züge werden wie folgt wiedergegeben:

„Ich kenne Euerer Grundzüge und Euerer Bestre-  
bungen und besonders auch die Differenzen zwischen  
Euerer Organisation und anderen. Euch lobe ich,  
Euch billige ich und Euch erkenne ich an (vos ap-  
probo) und mit allen Kräften strebe ich an, daß alle  
Euerer Grundzüge sich zu eigen machen mögen. Die  
anderen billige ich nicht (reprobo), ich verdamme sie  
nicht, denn es ist nicht meine Sache zu verdammen,  
jedoch ihre Grundzüge, welche falsch sind, kann ich nicht  
erkennten (approbare non possum).“

Obwohl in der Ansprache unsere Bewegung nicht  
direkt genannt ist, besteht aber kein Zweifel, wer mit  
„die anderen“ gemeint ist, da der Papst auf Grund  
unrichtiger Information „Sitz Berlin“ bevorzugt.  
Ein Grund zur Beunruhigung unierer katholischen  
Mitglieder liegt indes nicht vor. Die Worte des  
Papstes, vorausgesetzt daß sie überhaupt richtig wieder-  
gegeben sind, enthalten ein direktes offenes Verbot  
der christlichen Gewerkschaften nicht und es ist auch  
kaum anzunehmen, daß jemals ein solches Verbot  
erlassen werden könnte. Erklärte doch der Papst dem  
Kardinal Fischer, wie dieser in seinem Hirtenbrief  
1910 sagt: „daß er (der Papst) in der sogenannten  
Gewerkschaftsfrage nach wie vor den bisherigen  
Standpunkt einnehme, nämlich, daß er den beiden  
Richtungen, die in dieser Hinsicht in Deutschland be-  
stehen, gleichmäßig neutral gegenübersteht.“

An der Treue zu unserer Bewegung  
und dem Festhalten an unseren christ-  
lichen Grundfäden wird auch der neue  
entfachte Sturm abprallen. Unsere  
Antwort auf die Anschläge gegen un-  
sere Bewegung sei das Signal zu de-  
ren weiterer Stärkung.

Zu dem neu entfachten Gewerkschaftstreit gibt  
der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen  
Gewerkschaften folgende Erklärung ab.

Die katholischen Arbeitervereine des Kartellver-  
bandes für West-, Süd- und Ostdeutschland, die den  
christlichen Gewerkschaften freundlich und fördernd  
gegenüberstehen und Pfingsten in Frankfurt a. M.  
ihren Kongreß abhielten, befinden sich in freundlich  
aufsteigender Entwicklung. Sie zählen bereits über  
300 000 Mitglieder. Im Gegenzug dazu geht der Ver-  
band der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin)  
mit seinen Abteilungen andauernd zurück. Seine  
Einnahmen an Mitgliederbeiträgen betragen: 1909  
280 372 M., 1910 266 266 M., 1911 257 213 M.  
Die katholischen Fachabteilungen des Berliner Ver-  
bandes stehen vor dem vollständigen Zusammenbruch.  
Sie vereinnahmten: 1909 244 000 M., 1910 226 000  
M., 1911 154 000 M.

Diese Einnahmen entsprechen einer Mitglieder-  
zahl von höchstens 10 000 gegen 360 000 der christ-  
lichen und über zwei Millionen der sozialdemokrati-  
schen Gewerkschaften. Die Fachabteilungsabteilung konnte  
sich in zehnjähriger anstrengter Arbeit und mit  
großem Aufwand an Geldmitteln nicht durchsetzen.  
Die katholischen Arbeiter selbst waren für diese Idee  
nicht zu begeistern. Deshalb suchten ihre Vertreter  
stets auf Umwegen zum Ziele zu gelangen. Zunächst  
suchte man die deutschen Bischöfe durch unausgesetzte  
persönliche Besuche einzeln zu beeinflussen. Als meh-  
rere dierelben sich die unerbetteten ausdringlichen Be-  
suche verbat, wurden sie und andere kirchlichen  
Würdenträger mit schriftlichem Material über-  
schlemmt. Als auch dieser Weg nicht zum Ziele führte,  
wurden die christlichen Gewerkschaften öffentlich  
verleumdert. Diese Verleumdung wurde den katholischen  
Fachabteilungen Ende 1910 seitens der preussischen  
Bischöfe unterlag. Jetzt wurde der Kampf gegen die  
christlichen Gewerkschaften verstärkt vom Auslande her  
aufgenommen. Daneben sollten durch Verbandsstags-  
beschluß von 1910 die Mitglieder des Verbandes der  
katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) in die katho-  
lichen Fachabteilungen gezwungen werden. Um dem

finanziellen Zusammenbruch zu entgehen, mußten  
weiter die Unterstützungen reduziert werden, mit  
dem Ergebnis, daß 1911 die katholischen Fachab-  
teilungen ein Drittel ihrer Mitglieder verloren. Die  
schwierigen agitatorischen und organisatorischen An-  
strengungen des Berliner Verbandes für seine Fachab-  
teilungen stellen ein einzig großes Fiasko dar. Was  
ne erreicht, war lediglich eine Hemmung der christ-  
lichen Gewerkschaften und eine indirekte Förderung  
der sozialdemokratischen Bewegung. Um einen voll-  
ständigen Zusammenbruch des „Berliner“ Systems  
vorzubeugen, suchten dessen Vertreter in den letzten  
Tagen, über die Köpfe der deutschen Bischöfe hinweg,  
in Rom eine Veranstaltung der christlichen Gewerk-  
schaften für die katholischen Arbeiter zu erwirken.  
Diesem Zwecke diente eine sogenannte „Huldigungs-  
adresse“ an den Papst, die auf dem Delegiertentag  
des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Ber-  
lin) zu Pfingsten dieses Jahres bekannt gegeben wur-  
de. Im Anschluß an diese „Huldigungsadresse“ soll  
der Papst nicht bloß die Arbeitervereine (Sitz Berlin)  
belobt, sondern sich gleichzeitig in einer Weise über  
andere Arbeiterorganisationen ausgesprochen haben,  
die im Zusammenhang mit der vorerwähnten Adresse  
und dem gesamten Verhalten des Berliner Verbandes  
von der Öffentlichkeit als eine Verurteilung der  
christlichen Gewerkschaften gedeutet wird und die  
zweifellos vom Berliner Verband selbst auch als eine  
solche ausgenutzt werden soll.

Diese „Huldigungsadresse“ spricht von Organisa-  
tionen, mit denen der Berliner Verband im Kampfe  
stehe, die angeblich ihre Aufgabe als „rein wirtschaft-  
lich“ betrachten, im Sinne einer Beseitigung der wirt-  
schaftlichen Betätigung von religiöser Lebensauf-  
fassung. Sie reklamiert für den Berliner Verband  
zum Unterschied von anderen Organisationen die Be-  
obachtung der Rechte und Pflichten der Arbeit, des  
Eigentums und die Wahrung der christlichen Gesell-  
schaftsordnung. Die „Huldigungsadresse“ bezeichnet  
als Grund der heftigen Anfeindungen der katholischen  
Fachabteilungen ihr (der Fachabteilungen) Bestreben,  
ein „friedliches Zusammenwirken zwischen Arbeitern  
und Arbeitgeber“ durchzuführen und dem Frieden  
in der Gesellschaft zu dienen. Sie wirft endlich den  
gegnerischen Verbänden vor, sie lekten ihre Hoffnung  
verzugsweise auf den wirtschaftlichen Machtkampf,  
um schließlich als feites Vollwerk gegen den Umsturz  
(!!!) zu empfehlen.

Nach wie ist das Oberhaupt der katholischen Kirche  
über Wesen und Charakter der christlichen Arbeiterbe-  
wegung Deutschlands schmähtlicher hintergangen und  
getäuscht worden, wie in dieser „Huldigungsadresse“.  
Sie ist die Krönung eines jahrelangen Verleum-  
dungsfeldzuges des Berliner Verbandes gegen die  
christlichen Gewerkschaften. Dagegen erheben die  
christlichen Gewerkschaften den schärfsten Protest.

Die christlichen Gewerkschaften haben seitungs-  
gemäß als Organisationen die Verpflichtung  
übernommen, in ihrer gewerkschaftlichen Praxis so  
zu verfahren, daß die religiös-ethische Heberzeugung  
ihrer Mitglieder in keiner Weise verlegt wird. Das  
hindert aber die christlichen Gewerkschaften keines-  
wegs, ihren Aufgabenteil auf ein bestimmtes wirt-  
schaftliches Gebiet zu beschränken. Eine solche Be-  
schränkung in der Zwecksetzung ist für die deutschen  
Verhältnisse nicht zu umgehen.

Die große Mehrzahl der deutschen Bevölkerung ist  
industriell. In fast keinem Lande der Welt ist die  
industrielle Entwicklung in den letzten Jahren in dem  
Tempo voranschritten, wie in Deutschland. Da-  
bei hat Deutschland die härteste Sozialdemokratie von  
allen Ländern der Welt. In einem solchen Lande ist  
eine leistungsfähige nicht-sozialdemokratische Gewerks-  
chaftsbewegung eine unabwiesbare Notwendigkeit,  
wenn der nach Millionen zählende Arbeiterstand  
einen angemessenen Anteil an den Erfolgen der pro-  
duktiven Arbeit erhalten und die gläubig christlich und  
national denkende Arbeiterschaft nicht der Sozial-  
demokratie überantwortet werden soll.

Nun ist aber die deutsche Bevölkerung konfessionell äußerst gemischt; selbst einzelne Industriezentren mit einheitlicher Konfession der Arbeiter gibt es nicht. In den Arbeitgeberverbänden jeder Industrie und in jedem Teile Deutschlands wirken evangelische, katholische und andersgläubige Arbeitgeber einseitlich zusammen. Mit diesen nichts weniger als konfessionellen Arbeitgeberverbänden müssen die Gewerkschaften ihre Arbeitsverträge abschließen. Bei solcher Sachlage ist ein einheitliches gewerkschaftliches Zusammenarbeiten aller christlich-nationalen Arbeiter unvermeidlich. Jede Gewerkschaftsorganisation, die auf einer anderen Grundlage aufbauen würde, mühte zur Unfruchtbarkeit verdammt sein, wie das die Entwicklung der Berliner Fachabteilungen schlagend beweist.

Die christlichen Gewerkschaften sind keine Gegner des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Kampf ist ihnen nur letztes Mittel zum Zweck; sie sind sich der volkswirtschaftlichen, nationalen und sittlichen Vorbedingungen solcher Kämpfe vollumfänglich bewusst nicht weil der Berliner Verband den Frieden in der Gesellschaft will, wird die Fachabteilungs-idee von den christlichen Gewerkschaften abgelehnt, sondern nur deshalb, weil sein System jegliche wahre gewerkschaftliche Selbsthilfe als Mittel zum Aufstieg der Arbeiterschaft ablehnt.

Wir stehen vor Entwicklungen, die den Zwang zur Mitgliedschaft bei einer leistungsfähigen wirtschaftlichen Berufsorganisation mit sich bringen. Gerade unter diesem Gesichtspunkte ist die christliche Gewerkschaftsbewegung gegenüber dem Geheimnisteriorismus der Sozialdemokratie und ihrem Klassenkämpferischen Mißbrauch der Gewerkschaften auch eine volkswirtschaftliche und nationale Notwendigkeit. Deutschland bedarf der geschlossenen Zusammenarbeit aller national denkenden Volksgemeinschaften, soll es die Aufgaben eines 65 Millionen-Volkes in Gegenwart und Zukunft erfüllen.

Die christlichen Gewerkschaften sind lebendige Wirklichkeit. Sie haben eine Geschichte. Ihre Mitglieder haben für mehr als 30 Millionen M. Beiträge geleistet. Die Organisationen besitzen ein Vermögen von 7 Millionen M. Sie haben ihren 360 000 Mitgliedern gegenüber tägliche Verpflichtungen. Sie sind an rund tausend Tarifverträge beteiligt. Das sind Verantwortung, die die christlichen Gewerkschaften organisch und unzerreißbar verankern mit dem gesamten volkswirtschaftlichen und staatlichen Leben der Nation. Sie stehen und fallen mit der nationalen Zukunftsentwicklung unseres Vaterlandes.

**Bln, 3. Juni 1912.**  
Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Zu dem auf's Neue von den „Berlinern“ geführten Kampf nehmen bereits die einzelnen, den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehörenden Verbände Stellung, teils daß sie sich der Erklärung des Gesamtverbandes anschließen, was hier auch unsererseits zum Ausdruck gebracht sein soll, teils geben sie noch besondere Erklärungen ab. Eine solche hat auch der Vorstand des christlichen Metallarbeiterverbandes erlassen, in welcher er heißt:

„Es ist nicht wahr, was die Vertreter der Berliner Fachabteilungen in ihrer Unzulässigkeitsadresse behaupten, daß wir unsere wirtschaftliche Tätigkeit losgerissen von religiöser Lebensauffassung betrachten, und bei den Bestrebungen zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die religiösen Grundzüge ausstachen wollten.“

Es ist nicht wahr, daß wir die Rechte und Pflichten der Arbeit, des Eigentums und „Wahrung der christlichen Gesellschaftsordnung“ mißachten. Es ist nicht wahr, daß wir einem friedlichen Zusammenwirken zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und dem Frieden in der Gesellschaft entgegenwirken. Es ist nicht wahr, daß wir unsere Hoffnung vorzugsweise auf den wirtschaftlichen Nachdruck setzen. In den Satzungen des Verbandes ist ausdrücklich festgelegt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden sollen unter möglicher Wahrung eines friedlichen Ausgleiches zwischen Arbeiter und Arbeitgeber; ebenso daß die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage auf christlicher und geistlicher Grundlage erfolgen soll. Der Kampf wird nur als letztes Mittel betrachtet, um die berechtigten Interessen der Arbeiter zu vertreten, wenn alle anderen verlagert haben. Die Berliner Fachabteilungen, die den Arbeitern jede gewerkschaftliche Selbsthilfe verweigern, schub- und rechtlos den Säften der wirtschaftlichen Entwidlung ansüßeln, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.

Gegen die fortgesetzten Beunruhigungen und Verdrüßigungen der christlichen Gewerkschaften müssen wir aufs nachdrücklichste Verwahrung einlegen. Die christlichen Gewerkschaften haben von Anfang an sich der Zustimmung und der Unterstützung von hohen kirchlichen Würdenträgern und Geistlichen beider Konfessionen erfreut. Wiederholt haben sich deutsche Bischöfe zu ihren Gunsten ausgesprochen und sie der Unterstützung empfohlen. Papst Pius X. hat vor nicht langer Zeit durch Herrn Kardinalbischof von Köln erklären lassen, daß er in der sogenannten Gewerkschaftsfrage nach wie vor den seitherigen Stande einnehme, daß er nämlich den beiden Richtungen, die in dieser Hinsicht in Deutschland bestehen, gleichmäßig neutral gegenüberstehe. Der Kardinal von Köln fügte eigens hinzu: Das dient zur Beruhigung für unsere katholischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften beigetreten sind oder beizutreten gedenken.

Zunächst ist seitens der christlichen Gewerkschaften nichts geschehen, was eine andere Stellungnahme rechtfertigen könnte.

Unsere Gegner in allen Lagern, insbesondere die Sozialdemokratie jubelt auf der ganzen Linie, als sei jetzt das Ende der christlichen Gewerkschaften gekommen, um Mißtrauen und Verwirrung in die Reihen der christlichen Arbeiter zu tragen.

Die Erklärung schließt:  
Unbeirrt durch den Tagesstreit werden wir in derselben Weise wie bisher einmütig in unserer Organisation zusammenarbeiten.

**Reichstaxivertrag.**

Nach jeder größeren Bewegung im Reichsindustrie- und Gewerbebereich, die uns im Kampfe mit dem Arbeitgeberverband „Abau“ brachte, wußten sich immer tiefensinnigende Änderungen unseres Tarifvertragswesens. Der Kampf des Jahres 1905 führte zum ersten Male zu einer Verständigung der Hauptverbände zur Beilegung der schwebenden Differenzen. In den Jahren 1906 und 1907 wurde das einseitliche Abschlußschema für die örtlichen Verträge vereinbart, nachdem es im Jahre 1906 bei den Frühjahrsbewegungen wegen Abschlußbedingungen zu Differenzen gekommen war. Die Streiks und Ausperrungen des Jahres 1907 führten zum weiteren Ausbau des schon mit dem „Abau“ getätigten Vertrages. Die wichtigste Neuerung im Vertragswesen war das Abkommen über zentrale Einigungsverhandlungen. Es wurde eine Verein-

barung getroffen, daß bevor Streiks und Ausperrungen stattfinden, die Verbände der beteiligten Verbände zusammenzutreten müssen, um eine eventuelle Einigung herbeizuführen. Eine notwendige Folge dieser Verträge war die Uebnahme der Ortsklasse auf die Hauptverbände am 1. Januar 1908, ohne diesen ihren örtlichen Charakter zu nehmen. Gleichzeitig erklärten sich die Hauptverbände bereit, auf die Verwirklichung eines Tarifvertrages hinzuwirken.

Die Ereignisse dieses Jahres, die uns allen noch in bester Erinnerung sind, haben nun wiederum dazu beigetragen, die Frage des Reichstaxivertrages wieder in den Vordergrund zu schieben. Schon während des Kampfes bezichnete der Arbeitgeberverband als „des Kampfes Preis“ den Reichstaxi. Nach dem Kampfe erblickte der „Abau“ einen seiner größten Erfolge in der Bereitwilligkeit der Geschäftverbände, zur Verwirklichung des Reichstaxis innerhalb 3 Monate mit dem Vorstande des „Abau“ zusammenzutreten. Sollte wirklich bei diesen Verhandlungen eine Einigung zustande kommen, die unser Vertragswesen neu regelt, so ist dieses wohl weniger ein direkter Erfolg der letzten Kämpfe, vielmehr ein natürlicher Weggang des Vertragsverhältnisses als solches. Die Verträge, die wir mit dem „Abau“ abgeschlossen haben, bedeuten heute schon in gewissem Sinne den Reichstaxi-Vertrag, selbst der einseitliche Ablauftermin, der in den Verträgen anderer Berufe vorgesehen ist, fehlt unserer Verträge nicht; dieser Termin kann durch Kündigung der Verträge erreicht werden. In Wirklichkeit kann es sich bei den demnächstigen Beratungen eigentlich nur um Abänderung der bestehenden Vertragsverhältnisse handeln. Ein Vorteil der Gehülfen ist heute noch, daß einzelne Verträge kündigt werden können, ohne die anderen dadurch in ihrer Wirkung als Verträge zu berühren, denn steht aber gegenüber, daß die Neuregelung einzelner Verträge die Gefahr in sich schließen, den gewerblichen Frieden zu stören und zwar nicht nur für die beteiligten Orte, sondern für alle Orte, die unter das Vertragsverhältnis fallen und eigentlich mit den Ursachen des Kampfes nicht in direkter Verbindung stehen.

Der Abau sagt, er sei ein Freund der Tarifverträge, doch ist damit nicht erwiesen, daß er den Gehülfen durch Verträge einen auskömmlichen Lohn und gute Arbeitsbedingungen garantieren will. Den Wert der Verträge erblicken die Arbeitgeber darin, um zunächst für längere Zeit gegen Lohnbewegungen der Gehülfen und größere Kämpfe gesichert zu sein. Des Ferneren wollen die Arbeitgeber sich durch Tarife gegen geschäftliche Konkurrenten (Schmuckkonkurrenz) schützen; wir finden darum in den Verträgen Bestimmungen, wonach die Gehülfen Verpflichtungen haben, den Vertrag sofort durchzuführen, als ihre Stadt dazu zwingt. Friedensdokumente seien unsere Verträge nicht führt der Abau in seinem Organ, Nr. 12. d. J. aus. Auch wir müssen gestehen, daß der Abau recht damit hat, aber wir haben den Tarifen den Charakter als Friedensdokumente nicht genommen, vielmehr ist dieses auf Verreiben des Abau selbst geschehen, und zwar dadurch, daß nach den zentralen Vereinbarungen die Tarife auf unbestimmte Zeitdauer abgeschlossen werden müssen, und des Weiteren, daß während der Tarifdauer Solidaritätsstreiks und Ausperrungen gestattet sind. So lange die Tarifverträge und Tarifänderungen nur örtliche Wirkungen hatten und während der Tarifdauer Streiks und Ausperrungen nicht stattfanden, war das Gesamtgewerbe gegen Beunruhigungen, die heute alljährlich wiederkehren, gesichert. Diese alljährlichen Beunruhigungen, die unser heutiges Vertragsverhältnis gereizt hat, möchte der Abau jetzt wieder befehlen, denn die Arbeitgeber leisten darunter am allermeisten. Will der „Abau“ eine jährliche Beunruhigung des Gesamtgewerbes verhindern, so könnte dies u. U. auf der Grundlage geschehen, daß den Lohnbewe-

**Arbeit!**

Freund! Du hast recht, wenn du glaubst, daß ich viel arbeite. Ich tue es, um zu leben; denn nichts hat mehr Heftigkeit mit dem Tode als der Mühsal.

(Friedrich der Große.)  
Was gefordert werden muß, ist die Anerkennung, daß an sich jede rechtshafte Arbeit Ehre verdient, daß jene für niemand eine Schande ist, und daß in allen Berufskreisen die Ehre der Arbeit den Menschen mehr ehrt als die Ehre des Standes. (F. v. Reuter.)

Wer sich von seiner Hände Arbeit nährt, der glaubt kaum, daß Weisheitsarbeit den gleichen Schweiß kosten könne, er ehrt nicht, daß der Weisheitsarbeiter inwendig schweigt; umgekehrt achtet der Mann des geringen Wertes die Mühen des Handwerkers oft viel zu klein. So erwacht dort Reid, hier Hoffart, überall aber ein höchst ungerechtes Urteil über die Ehre fremder Arbeit. (W. v. Richl.)

Wißt! Gutes und das Schöne schaffen.  
Das lebensvoll das Leben mehr.  
Nicht du dich ernst zusammenzusehen  
Und darst nicht scheuen der Arbeit Schwere.  
Da hilft kein Schwärmen bloß und Doffen.  
Rein Kraum von künstlicher Entfaltung;  
Rein, ringen mußt du mit den Stoffen  
Und starr sie zwingen zur Gestaltung. (J. Hammer.)

**Die Sedzehoerkerzen beim Knoopfnödelhöler.**

Aus der edlen Schneidergattung sind schon verschiedene berühmte Männer hervorgegangen. Zu diesem zählt auch der berühmte österreichische Dichter Peter Mosogger der in seinem „Heimgarten“ aus seiner Lehrerbenezeit folgende Epikode zum besten gibt:  
Randmal, wenn mir die Schärfe unserer elektrischen Lichtes die Augen ausstrichen will, erinnere ich mich an die

ehrwürdige Tagelzterze mit dem matten Bild. In meiner Handwerkerei hatte ich viel mit ihr zu tun, wenn mein Lehrmeister und ich bei Tageslicht nabelten. Wir arbeiteten bei den Bauern im Tagelohn; für sich rechnete der Meister fünfzig Kreuzer des Tags, und mich ließ er als Draufgabe drehgehen. Da mußten die jetzigen Arbeitstunten im Winter des morgens wie des abends halt zum großen Teil bei der Kerze verbracht werden. Von den besten Kerzen damals gingen — wenn ich mich recht erinnere — sechs auf ein Pfund, weshalb sie Schächer genannt wurden. Diese Haltung wurde uns von sparsamen Bauern nicht immer gegönnt; wir bekamen oft so schlechte Kerzen, daß man bei ihnen fast schon die Finsternis sah — sonst nichts.

So war's auch einmal beim Knoopfnödelhöler. Fortwährend schneuzten wir mit der Lichtschere die Kerze und stierten den dünnen Tauch auseinander. Es half nicht viel. Da sagte mein Meister zur Bäuerin: „Du Knoopfnödelhölerin! Deine Jungen tun halt wohl gar so schlecht leuchten. Beim schwarzen Tod und schwarzen Jovin schied man wohl frei gar nig.“ — „So wenn man halt schau, daß man an andere find“, antwortete die Bäuerin und brachte eine. Ja, eine andere war's aber eine bessere nicht. Sie dämmerte gerade so tumper schlätzig drein, wie die erit.

Wir schneiderten geduldig und schweigen, bis Schlafenszeit kam, um 10 Uhr abends. Als aber am nächsten Morgen wieder das Lichtelend anging und ich mir mit dem Fädel die Augen ausrieb, da ging der Meister zu dem Verbe hin, wo die Bäuerin an der Morgenstuppe mit dem Verbe hin, wo die Bäuerin an der Morgenstuppe umtat, und erbot neuerdings das Wort: „Du Knoopfnödelhölerin! Deine Kerzen sind eppa für die Totenböhler quäl. Wir Schneider sein eppa über derweit noch a weinger lebend und müden deutsch amol a bessers Licht hobn!“

Wenn der Meister die Worte: „Deutsch amol“ gebrauchte, dann war's Ernst, dann war er gütig mit so sanfter Stimme er's auch aussprach. Und was antwortete die Knoopfnödelhölerin?

„Oba mei Gab und Herr, was douß de Schneider wunderla mögn sei! Man ondi Leut da dena Kirgan woß sehn, swe dan nit is ah! Oba han loami Augn in Gebel!“ — Da antwortete die Knoopfnödelhölerin.

Der Meister ging wieder zur Arbeit, schneuzte die Kerze, und nähte und sagte sein Wort mehr. — Und am Abend, als es wieder ein Glend war, da rannte ich dem Meister zu: „Iß wiffed schon a Mittel, daß sie uns a bessere Kirgan gabad. Sogn ma: Wir sehn nig mehr und gehn schlöft.“

Erst schaute mich auf solchen Vorschlag der Meister finier an. Das Tagewort befürzten, daß der Bauer noch her mehr Tagewort zu lohen hätt? — Diese Frage Politik war ihm viel zu schöfel. Aber als es adt Uhr wurde und halb neun Uhr und unser Stranzlicht immer gleich trüb und matt hindämmerte, legte der Meister die Arbeit aus der Hand und sagte laut zu mir: „Schreib, mit sehn nig meh; gehn mer schlöft!“

Die Bauersleute, die am Herd saßen, haben ihre Gesichter stark in die Ränge gezogen, als sie sahen, daß die Schneider von ihrem Tagewort zu fünfzig Kreuzern anderhalb Stunden abjwadten.

Am nächsten Morgen, als wir wieder zu unserer Arbeit gingen, fanden auf dem Tisch zwei Leuchter mit hellbrennenden Schachlern. Da schmunzelte der Meister: „Sou wußt, sou! Daz, schaut's aus wie ban Otko. Daz wußt, hias!“

Und bei solchem Doppelsicht haben wir die Erde im Knoopfnödelhöf glücklich zu Ende gebracht.

Vierzig Jahre später hat der gute Meister noch das elektrische Licht erlebt. Bei einem Besuch in der Stadt war's, auf der Gasse, als wir unter einer großen Wogelampe standen, daß der alte Meister mir plötzlich seine Hand auf die Achsel legte: „Du, Weber! Bei dem Licht war's guat schneidern!“



legenheit einigen Bauern die Arbeitsgelegenheit in Eschweiler mitgeteilt. Dieser Unzufriedenheit — Solche „Zufälligkeiten“ wissen christliche Arbeiter richtig einzuschätzen.

Ueber einen „Fall Luzi“ berichtet der Hammerische „Volkswille“ (31. 1. 08) aus Gildesheim: „Der Schmied Luzi, der bei der organisierten Arbeiterkraft ein derartiges Vertrauen genoss, daß er es zum Vorsitzenden unseres Verbandes brachte und zum Gewerkeverwalter ernannt wurde“, brachte es fertig, seinen streifenden Bruder, nachdem dieser von der Firma Hermann die begehrte Bezahlung erhalten war, zum Streikbruch zu überreden, nachdem der Erfolg für die Arbeiterkraft in greifbarer Nähe gerückt war. Mit Luzi's Umsturz war der Streik gebrochen.

Im Jahre 1907 fanden in Wachen die Maurer, Züger, Grund- und Hilfsarbeiter 11 Wochen in Streik. Schließlich stand der Kampf auf des Messers Schneide. Christliche und zugezogene italienische Arbeiter bewirkten die Streifarbeit. Ein Arbeitgeber bietet einen höheren als geforderten Lohn, um Streikbrecher zu erhalten. Die Solidarität fehlte. Der „freie Maurerverband“ aber hob sie auf und nahm den Judaslohn für seine Mitglieder.

Eine schamliche Rolle spielten Mitglieder des sozialdemokratischen Vorstellernarbeits-Verbandes 1907 in Wochol in der Lederfabrik J. S. Klinghorst. In dieser Fabrik war ein Streik ausgebrochen. Die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter leisteten aber Hauptverdienste. An dem Streik waren nur christlich organisierte Arbeiter beteiligt.

1907 triffen in Eschweiler die christlichen Bauarbeiter. Einige der Ausführenden wurden auf einem größeren Neubau in München eingekerkert. Das ging aber den dort beschuldigten Genossen gegen den Streik. Sie machten den Vorgesetzten darauf aufmerksam, daß die betr. Arbeiter aus einem Streikort kämen, also auf der schwarzen Liste stehen müßten. Wenn er dieselben nicht entlasse, werde man es dem Arbeitgeber anzeigen. — So wurden die kämpfenden Kollegen wieder freilassen gemacht.

In der christlichen „Arbeiterzeitung“ (8. 1. 08) ist zu lesen: „Das Schlußmarchen (rot) bringt in einer Nacht aus Wochol, wo unsere Verbandmitglieder im Streik stehen, seine Streikbrecherfreunde mit sich. Folgendem Satz zum Ausdruck: „Es ist recht bedauerlich, daß sich gleich am ersten Tage Arbeitswillige einfanden, aber es kann nichts schaden, wenn die Christlichen, die den Streik führen, von solchen Elementen getäuscht werden.“ Daraus spricht die rote „Mächtflechte“.

Ueber den Ausschluß von Streikbrechern berichtet die rote Frankfurter „Volkstimme“. Es bringt in einem Generalversammlungsbericht des roten Arbeiterverbandes (27. Juli 1907) folgendes: „Die in Wochol als Streikbrecher fungierenden früheren Kollegen wurden einstimmig ausgeschlossen. Damit die Nachwelt diesen Vorkommnissen ein Denkmal errichten, lassen wir deren Namen folgen: ... Notorganisierte Streikbrecher! — Die Tatsache bleibt trotz des Ausschlusses!“

In einer Papierfabrik in Kempen, im hayer. Allgäu, kämpften die Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Weisigkeit war mit wenigen Ausnahmen sozialdemokratisch organisiert. Nach und nach nahm ein Teil der streifenden Mitglieder dieser Organisation, sieben anderen Arbeitswilligen, die Arbeit wieder auf. Als die Streifenden schließlich verhandeln wollten, erklärte die Firma, sie habe genügend Ersatzkräfte gefunden, die Sache sei erledigt. Die Streifenden wurden nicht wieder eingestuft.

Als im Jahre 1906 die Hütten- und Walzwerksarbeiter auf der Burbacher Hütte den Kampf um das Koalitionsrecht und eine Besserung ihrer mißlichen Lage aufnahmen, da waren es Sozialdemokraten, die in Arm mit Verleumdungen, die den kämpfenden Arbeitern als Streikbrecher in den Rücken fielen. Sie brachten es aber nicht fertig, den Kampf zu Gunsten des Unternehmers zu entscheiden. — Note Veräter!

International wie die Genossen, sind auch ihre Streikbrecherkriegen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften der Schweiz haben genau dieselben Ergebnisse erzielt zu verzeichnen, wie ihre Bruderverbände in Deutschland, nämlich, daß der Streikbruch in ihren Reihen in üppiger Wüste steht. Im Organ der christlichen Gewerkschaften der Schweiz werden dem roten Holzarbeiterverband allein folgende Fälle aufgezählt:

Der 16-wöchentliche Streik der Württembergischen Schlieren 1907 ging verloren durch Streikbrecher aus den Reihen des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes. Der siebenmonatliche Streik der Holzarbeiter in Bern 1908 ging verloren durch sozialdemokratische Streikbrecher. Vor dem Streik der Holzarbeiter in Luzern unterzeichneten 16 Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes bei der Firma Ketter einen Pakt, in welchem sie sich verpflichteten, im Falle eines Streiks weiterzuarbeiten. Der Streik der christlich organisierten und sozialistisch organisierten Holzarbeiter in Winterthur (1911) ging verloren durch die große Anzahl sozialistischer Streikbrecher.

Bei der letztgenannten Bewegung trat sich, wie wir der Monatschrift für christliche Sozialreform entnehmen, Verlag Basel, Schweiz, Petersgasse 84) folgende ergiebige Geschichte zu: Auf Anregung des sozialdemokratischen Verbandes wurde zwischen diesem und der christlichen Organisation beim Beginn des Kampfes eine Vereinbarung getroffen, wonach sich beide Verbände untereinander verpflichteten, für jedes zum Streikbrecher werdende Mitglied dem andern Kontrahenten 100 Francs Konventionalstrafe zu zahlen. Nach dem Streik schiedete der sozialdemokratische Verband auf Grund dieses Vertrages der christlichen Gewerkschaft die Summe von 1500 Francs, die vom Schuldner zwar anerkannt, aber bis heute nicht bezahlt worden ist. Zum Streikbruch also auch noch die Planlage unbekanntester Streikschreiber.

In Baden bei Wien mußte ein Streik infolge Streikbruchs der Genossen ohne Erfolg beendet werden. Der Bauhilfsarbeiter, Organ der roten Gewerkschaftler Österreichs, charakterisiert diese Tatsache folgendermaßen: „Es kann leider nicht verschwiegen werden, daß es (sozialdemokratisch) organisierte Maurer waren, die trotz aller Bemühungen ihrer Ortsgruppenleitungen nicht abzuhalten waren, Streikbruch zu begehen. Das ganze rote Streikbruchgebilde hat es auf dem Gewissen, daß die kämpfenden Bauhilfsarbeiter und Arbeiterinnen den Kampf als nutzlos aufgeben mußten.“

Auch bei dem roten Metallarbeiterverband Österreichs kommt bezweifelhaft häufiger vor. Um den dadurch entstehenden Mitgliedschwund zu vermeiden, ist er auf eine große Höhe gekommen. Nach Art der bekannten Zeitungsnotizen: „Reize zurück, es ist dir alles vergeben“, läßt er seine Streikbrecher folgendes Schreiben unterzeichnen und verschicken:

„Ich bedauere mein unsoziales Verhalten während des Streiks in ... und verspreche, in Zukunft ein unabhängiges Mitglied der Organisation zu sein.“

Damit ist die lächerliche Moral wieder repariert und der Streikbrecher darf von den Genossen anständiger Mitglieder weiter schmarozeln.

Das Kabinettsstück sozialdemokratischer Streikbrecherei und Streikbrecherkraft hat der „alte“ Bergarbeiterverband mit seinen Verbündeten bei dem Streik im Ruhrgebiet geliefert. Kurz nach Beendigung des Streiks wurde nämlich bekannt, daß von dem roten Bergarbeiterverband ein reichliches Streikbruchsystem organisiert war und daß zur Durchführung desselben besondere Streikbrucharbeiter herbeigeführt waren. Der Vorkämpfer Maichka sagte im April in einer Versammlung in Ruhr in Belgien: „Der Treubruch habe den Streik gestoppt. Eine große Anzahl der Mitglieder aber und besonders seiner politischen Landsleute hätten trotz der Streikparole weitergearbeitet. Nicht der Gewerksverein sei Schuld am Ausgang des Streiks.“

Auf die ungenügende Vermittlung im roten Lager, hervorgerufen durch den Namen der Massen über die roten „Kücher“ und der Erkenntnis dieser „Kücher“, ein ungenügendes Verbrechen an der Arbeiterkraft begangen zu haben konnte es zu Wege bringen, daß jetzt seitens der Genossen (und Hilfs-Zunder D. R.) gegen den Gewerksverein christlich Bergarbeiter und die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung mit den Mitteln beispiellosster Demagogie und skandalösester Lüge gelangt wird. Denn nichts anderes ist es, wenn dort heute in allen Tonarten die freieste gewerkschaftliche Haltung des Gewerksvereins zu Streikbruch ungelogen wird.

Wir beidseitigen hiermit vorläufig das Gündertregister der Genossen, wohl wissend, daß die angeführten Tatsachen die Genossen nicht zur Einsicht zwingen werden. Der Zweck des Vorstehenden sollte sein, die ganze Erbärmlichkeit und Heuchelei der gegenwärtigen sozialdemokratischen Agitation in das rechte Licht zu rücken und das dürfte gelungen sein.

### Der Bild-Dunckerische „Berichterhalter“

löst sich bemüht, wegen dem guten bühnen Jellen, die wir ihm in Nr. 10 dieser Zeitung widmeten, in seiner Nr. vom 1. Juni eininhalb Spalten lang gegen uns loszugehen. Er überschüttet uns dabei mit folgenden Bomben:

„Lobhude — freche Behauptung — regelhaft bewußte Unwahrheit — Grundlosigkeit — arme Zeilenschänder — fischen Gebirgskmalz — armer christlicher Artikelschreiber — Streikbrecherorganisation — moralische Degeneration.“

„W, wir müssen gestehen, da können wir nicht mehr mit. Dagegen hilft nur noch die Kaltwasserheilanfakt.“

### Er will es nicht gelagt haben.

In Nr. 10 der „Schneiberzeitung“ richtete ich an den Lokalbeamten „Knödeln“ Nürnberg eine Anfrage, ob es wahr sei, daß er in einer Versammlung erklärt habe, „der christliche Verband habe mit den Arbeitgebern allein unterhandelt.“ Darauf gibt Herr Knödeln in Nr. 22 der „Anzeiger“ folgende Antwort:

„Der Begehrleiter Frei vom christlichen Verband möchte sich, scheinbar in Ermangelung anderer Weisheit, gern mit mir unterhalten. Aus diesem Grunde erfindet er in seiner Zeitung alle Augenblicke etwas Anderes, was ich entweder gar nicht oder in anderer Form gesagt habe. In letzter Nummer der „Schneiberzeitung“ fragt er entsetzt, ob es wahr sei, daß ich in einer Versammlung erklärt habe, die Christlichen hätten allein mit den Arbeitgebern verhandelt. Ich kann ihm nur sagen, daß das nicht wahr ist und daß entweder ich oder einen seiner Kollegen jemand nur zum besten gehalten hat. Denn daß die ganze Sache von ihm erfunden ist, um etwas in seiner Zeitung von sich hören zu lassen, nehme ich zu seiner Ehre vorläufig noch nicht an.“

Jobst Knödeln, Nürnberg.

Ich wäre nun gern bereit, auf Grund obiger Erklärung anzunehmen, daß Herr Knödeln die Neugierde wirklich nicht gemacht hat, ob er es aber fertig bringt, Herr Knödeln, bestimmt gefallene Neugierden — Versammlung am 2. Oktober 1911 — abzutreten, wer ferner nicht einmal den Mut hat, schriftlich niedergelegte Erklärungen in der Öffentlichkeit wörtlich zu vertreten, der muß sich gefallen lassen, daß man seinen Verleumdungen nicht ohne weiteres glauben schenken kann. Dazu kommt noch, daß die Kollegen, die mir die Mitteilung machten, selbst in der Versammlung waren, ihre Angaben ausdrücklich erhalten und auch gewiß nicht, dies an andere Stelle zu tun. Von einem „zum besten halten“ kann also keine Rede sein. Zur Ehre des Herrn Knödeln will ich aber annehmen, daß er nicht weiß, was er gesagt hat. Dies umso mehr, weil die Versammlung in gebrochener „Brüderlichkeit“ verliefen ist.

Im übrigen entbehrt die ganze Darstellung des Herrn Knödeln nicht einer gewissen Komik! Er hat zweifellos ohne den Beweis erbracht, daß er für die Zukunft als der gewerkschaftliche Jongleur bezeichnet werden kann. Man vergleiche nur: „In Ermangelung anderer Weisheit“ möchte ich mich mit ihm unterhalten.“ Ausgesprochen mit Herrn Knödeln. Er muß von sich selbst schon ein nicht geringes Meinung haben, wenn er glaubt, daß ich mich ihm heute mit ihm unterhalten würde. Ich kann ihm nur die Versicherung geben, daß er sich dabei in einem ziemlich großen Irrtum befindet, kann seine Verleumdung ist mit so lieb und wert, aber auch so gleichgültig, wie es jede andere sein kann. Er braucht nur anzuhören mit Aufstellung von Behauptungen, die er nicht beweisen kann, sich uns gegenüber einer anständigen Kampfweise zu bedienen, dann habe ich nicht den geringsten Anlaß mehr, mich mit ihm zu beschäftigen. So lange dies jedoch nicht geschieht, werde ich, wenn es notwendig wird, mich mit ihm unterhalten.“

### bohnbewegungen und Differenzen.

Der Damenschneiberstreik in Bad Nifflingen ist, nachdem nun auch die zweite am Platze befindliche Firma der Damenbranche den Tarif anerkannt, beendet.

### Verbandsnachrichten.

Mitglieder! wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an dem Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 24. Wochenbeitrag für 1912 fällig, worauf wir unsere Mitlieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

### Bekanntmachung.

Bei Auszahlung der Unterstützungen ist es verschiedene Male vorgekommen, daß die diesbezüglichen statutarischen Bestimmungen nicht beachtet und mehr ausbezahlt wurde als den betreffenden Mitgliedern zusteht. Da in den nächsten Wochen hauptsächlich die Reiseunterstützung in erhöhtem Maße in Anspruch genommen wird, bringen wir die diesbezüglichen Bestimmungen neuerdings mit dem Bemerken in Erinnerung, daß die Nichtbeachtung derselben dem Unterstützungsanzwähler, wie dem betr. Mitglied zur Last fällt, indem beide für eventl. zu Unrecht oder zu viel ausbezählte Beträge haften.

Reise- und Krankenunterstützung kann nur an solche Mitglieder ausbezahlt werden, die dem Verbandsbeitrag mindestens ein Jahr angehören und 52 Wochenbeiträge geleistet haben. Durch Vorauszahlungen der Beiträge wird somit die Anwartschaft auf Unterstützung nicht erworben, es muß vielmehr die weitere Bedingung, die mindestens einjährige Zugehörigkeit zum Verbandsbeitrag erfüllt sein.

Der Umtausch der Mitgliedskarte gegen ein Mitgliedsbuch darf auch dann erst nach einjähriger Mitgliedschaft erfolgen, wenn das betr. Mitglied seine Beiträge im voraus bezahlt hat. Wir bemerken dies deshalb, weil durch zu frühen Umtausch der Mitgliedskarten in der Auszahlung der Reiseunterstützung schon Irrtümer vorgekommen sind.

Reise- und Krankenunterstützung sind gegenseitig anzurechnen. Wie, soll an einigen Beispielen erläutert werden. Ein Mitglied der 4. Beitragsklasse, welches dem Verbandsbeitrag ein Jahr angehört, hat im Falle es sich auf die Reise begibt, auf 15 Mark Reiseunterstützung als Höchstbetrag Anspruch. Hieron bezieht es 10 Mark. Innerhalb Jahresfrist erkrankt es und ist 21 Tage erwerbsunfähig. Was erhält es nun nach an Krankenunterstützung? Es erhält 21 mal 70 Pfg., abzüglich der bezogenen Reiseunterstützung von 10 Mark, = 470 Mark. Ein anderer Fall. Ein Mitglied der 3. Beitragsklasse hat nach dreijähriger Mitgliedschaft auf 30 mal 70 Pfg. Krankengeld Anspruch und bezieht für 24 Tage Krankengeld. Was erhält nun dieses Mitglied, wenn es innerhalb Jahresfrist auf die Reise geht? In diesem Falle kann eine Reiseunterstützung nicht mehr gewährt werden, denn das betr. Mitglied hat bereits über den ihm zustehenden Höchstbetrag an Reiseunterstützung, Krankenunterstützung bezogen.

Falsch sind daher folgende beide Fälle zu beurteilen, die wir zum besseren Verständnis hierherheben. Der Kollege D. ausgen. am 27. 9. 09 hat am 3. 7. 11 in Wn. 5 M. Reiseunterstützung erhalten. Am 10. 10. 11 ebenfalls in Wn. 18 M. 18 Pf. Krankenunterstützung und am 8. 2. 12 in D. nochmals 5 M. Reiseunterstützung. Diefem Kollegen mußten nach den statutarischen Bestimmungen die zuerst bezogene Reiseunterstützung von 5 M. in Abzug gebracht und bei seiner Abreise von Wn. durfte ihm keine Reiselegitimation ausgestellt werden, da er innerhalb Jahresfrist den Höchstbetrag, den er an Unterstützung beziehen kann, an Krankenunterstützung erhalten hat. Es wurden an ihn somit im ganzen 10 M. zu viel ausbezahlt.

Das Mitglied J., ausgen. 1. 1. 11 war lt. Krankenschein vom 28. Nov. 11 bis 5. Jan. 12 krank. Es wurden ihm in Wn. 16.80 M. Krankenunterstützung ausbezahlt, obwohl J. bei Eintritt der Erwerbsunfähigkeit noch nicht unterstützungsberechtigt war. Selbst bei der weitgehenden Auslegung des § 40 Abs. 5 des Statuts sind in diesem Falle 14 M. zu viel ausbezahlt worden.

Bei den von Jahr zu Jahr wachsenden Unterstützungsbeiträgen ist es Pflicht der Ortsverwaltungen darauf zu achten, daß bei Auszahlungen von Unterstützungen die statutarischen Bestimmungen genau beachtet werden.

Folgende Zahlstellen haben für das 1. Quartal noch nicht abgerechnet: Amberg, Landshut, Regensburg, Stuttgart, Amorbach, Gaffel, Fulda, Bamau, Gomborn, Wiesbaden, Wochol, Dürren, Eberfeld, Gamm, M. Gladbach, Kuchori, Neuminster. Der Zentralvorstand.

H. A. v. Schwarzmann.

### Aus den Zahlstellen.

Bredlau. Der große Kampf in der hiesigen Konfektionsindustrie im Sommer 1911, welcher mit guten Erfolgen beendet werden konnte, war auch nicht ohne Einfluß auf andere Branchen und schließlich auch auf Kollegen welche sich an dem Kampfe nicht beteiligten. Mit Kollegen registrierten wir die Verbesserung der Unterzeilergemeinschaft. Die Notwendigkeit derselben wird allgemein anerkannt und zwar nicht nur allein für den Arbeiter, sondern auch für das technische Personal, für die Zuschneider. Die Weisheit der hiesigen Zuschneider ist gerade nicht auf Hozen gebettet, dieses trifft besonders für die, welche bei den Konfektionsfirmen beschäftigt sind, zu. Die Verhältnisse dieser Kollegen sollen in Folgendem etwas behandelt werden.

Bei den gegen W an Orte befindlichen Engrosfirmen für Herren- und Knabenkonfektion sind rund 250 Zuschneider beschäftigt. Diese unterscheiden sich in Kuchmacher, Rechner und Hilfszuschneider, sogenannte „Aus-



Beilage zur Nr. 12 der Schneider-Zeitung.

ungen wie den abguschließenden Tarifverträgen der örtliche Charakter gewahrt wird und anstelle der jetzt üblichen unbekanntlichen, eine bestimmte Vertragsdauer tritt, und daß während der Vertragsdauer Solidaritätsstreiks und Aussperrungen nicht stattfinden dürfen. Diese Art der Regelung entspricht jedoch den Arbeitgeberverbänden, insbesondere dem „Adav“ nicht, was uns die Tarifentwicklung in anderen Berufen (Kaler, Bauarbeiter) zeigt. Der Arbeitgeberverband sucht daher eine andere Form zur Regelung des Vertragswesens. Zunächst tritt er einen mehrjährigen Frieden für das ganze Vertragsgebiet und einen einheitlichen Ablauftermin aller Verträge an. Dem stehen jedoch noch mancherlei Schwierigkeiten entgegen, deren größte in den verschiedenartigen Lohnverhältnissen begründet liegt.

Die Verwirklichung einer mehrjährigen Friedensperiode durch Schaffung eines Reichstarifvertrages ist kaum denkbar, solange zwischen den Parteien noch Reibungspunkte bestehen. Alle das Lohn- und Arbeitsverhältnis berührenden Fragen müssen für die Zeit der Vertragsdauer tariflich geregelt werden, bleiben auch nur einige Einzelfragen unregelt, so bilden solche immerhin Streitobjekte, die zu großen Konflikten führen können.

Ist dem Adav der Abschluß des Reichstarifvertrages die „Forderung des Tages“, so ist die Tagesforderung der Gehilfen: entsprechende Gegenleistung von Arbeitgeberseite. Den Hauptvorständen und den unparteiischen Vertretern, die in diesem Frühjahr mitgeholfen haben, dem Gewerbe den Frieden wiederzugeben, werden keine leichte Aufgabe zu lösen haben. Die Gehilfenverbände haben sich bereit erklärt, die langjährigen Forderungen des Arbeitgeberverbandes stattzugeben. Der Reichstarifvertrag wird nun wohl weniger des Kampfes Preis sein, sondern das Produkt gegenseitiger Ausgleichungen mit der bestimmten Absicht, dem gewerblichen Frieden zu dienen. Gg.

Wie bringen wir unsere Bewegung vorwärts?

Stets sollte uns, jedem unserer Mitglieder diese Frage Gegenstand ernster Betrachtung sein. Die Stärkung der Organisation nach außen und innen ist die Aufgabe eines jeden Gewerkschaftlers oder Gewerkschaftlerin. Es gibt heute keinen Stand, keine Interessengruppe mehr, die nicht den Weg zur Organisation gefunden hätte. Die Zeitverhältnisse bedingen das, denn der Einzelne eines Berufsstandes wird nie in der Lage sein, seinen ganzen Berufsstand vorwärts zu bringen. Dies trifft in vollem Maße die Angehörigen unseres Berufes, sei es der Schneide- oder der Konfektionsarbeiter der Weibhändlerin oder der Damenschneiderin zu. Ihnen liegt die Sorge um das tägliche Brot, um die Zukunft, um sie selbst und ihre Familien am nächsten. Für diese notwendigen Güter müssen sie täglich ihre Arbeitskraft einsetzen, und ist diese außer ihrer Gesundheit das Einzige, was sie besitzen. Je nachdem der Ertrag der Hände Arbeit, der Arbeitslohn ist, gestaltet sich auch der Lebensunterhalt. Auch in unserer Verleibungsbranche sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch nicht so, daß wir keine Befestigung vertragen könnten. Wir brauchen nur einen einzigen Blick in die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu tun an jenen Orten, wo die Organisation noch nicht vertreten ist, oder in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterchaft in der Konfektionsindustrie, oder der Militärarbeiter auf den Verleibungsämtern und nicht zuletzt der Damenschneiderinnen.

Niedriger Lohn, lange Arbeitszeit und schlechte Verhältnisse nebst schlechter Behandlung, damit sich die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Damenschneiderinnen mit wenigen Worten naturgetreu gezeichnet. Wenn wir uns nicht selbst zurücksetzen wollen, wenn wir nicht selbst davon überzeugt sind, daß für uns die Lebensbedürfnisse nicht billiger sind, wie für andere Lohnarbeiter, dann ist es Pflicht, danach zu streben, daß geordnete Verhältnisse in der ganzen Branche eintreten. Da hilft eben kein Schimpfen so sehr, als in der gesamten Schneidererei so sehr ist; da hilft nur der Wille um die entschlossene Tat eines jeden, mitzuarbeiten an der Beseitigung der Mißstände, die wir erkennen. Freilich, der Wille und die Tat des Einzelnen genügen nicht, um dies Ziel zu erreichen, es muß vielmehr der Anschluß an die Berufsorganisation vollzogen werden und dadurch geschlossen diesen Willen zur Tat bekunden.

Der erste Erfolg dieser Tat wird sein, daß wir in Arbeitgeberkreisen gehört werden, wenn es gilt unsere Interessen zu vertreten. Der diesjährige Kampf in unserem Gewerbe brachte auch unserem Verbands eine stattliche Zahl neuer Mitkämpfer. Es muß nun unsere Aufgabe sein, diese Neugewonnenen nun auch zu arbeitsfreudigen, opferwilligen und überzeugten Mitkämpfern zu erziehen. Gleichzeitig müssen wir aber auch Gewicht darauf legen, daß unsere Mitglieder zu einer der schönsten gewerkschaftlichen Tugenden, der Disziplin erzogen werden.

Unsere alten wie die neuen Mitglieder dürfen nicht bei dem guten Willen mitzubeistehen stehen bleiben, sondern sie sollen nun auch mitarbeiten, daß weitere Mitkämpfer für die Organisation gewonnen werden, und nur unter dieser Vorbedingung werden die Wege zu weiterer gewerkschaftlichen Erfolgen gebahnt. Mit dem Beitritt zur Organisation fängt erst die Arbeit an, die notwendig ist zur Hebung unseres Standes.

Wie stärken wir nun unsere Organisation? Die Verhältnisse in den verschiedenen Zweigen der Schneidererei gestalten die Arbeit mitunter recht schwierig. Aber Schwierigkeiten sind doch dazu da, um durch den eisernen Willen zur Tat überwinden zu werden. Daß wir hierbei an die Kleinarbeit, der Organisation, denken, ist ganz selbstverständlich. Gibt es nicht unmaß- liche Gelegenheiten, um die Anführerinnen mit dem Organisationsgedanken vertraut zu machen. Gewiß, aber viele lassen mit ihrem Eifer schon beim ersten Mißerfolg nach. Zu dem Eifer für die Sache muß sich die Ausdauer paaren, dann, nur dann lassen sich Erfolge erzielen. Und Erfolge lassen sich schon deshalb erzielen, weil es tatsächlich keine ausschaltigen Gründe mehr gibt, womit ein Berufsstande oder Arbeiter sein Fernbleiben von der Organisation begründen könnte. Kein Mitglied sollte ohne Aufnahmehin- derung Flugblätter seines Wohnortes verlassen. Überall, wo man gefällig oder sonstwie mit Berufsgenossen zusammenkommt sollte man für seine Organisation werben.

Auch unsern Einzelmitgliedern fällt eine große Aufgabe zu in der Agitation. Sie stehen als Pioniere gleichsam auf vorkriegsgebieten. Wo sie sind, berufen, ihrerseits nun als einzelnes Glied neue Mitglieder in ihrem Wirkungsbereich zu suchen, um dadurch zur weiteren Ausbreitung unseres Verbandes die Bahn frei zu machen. Da ist Gelegenheit gegeben, den festen Willen zur Tat zu bekunden, indem diese Pioniere Stützpunkte schaffen zur Verankerung unseres Gewerkschaftsgebäudes. Es sind dies nur einige Anregungen für die agitatorische Mitarbeit unserer Mitglieder, und wer ernstlich mitarbeiten will, wird auch eigenen Weg finden, auf dem er sich in der Agitation betätigen kann.

An so manchen Orten bräute die Lohnbewegungen dieses Frühjahrs die schönsten Erfolge. Unser Ziel ist aber, überall um Berufsangehörige sind, geordnete Arbeits- und Wohnverhältnisse zu schaffen, ohne Klassenkampf. Wollen wir das erreichen, dann müssen wir dafür sorgen, daß auch unter den indifferenten Massen aufgetaucht und unsern Verband zugeführt werden. Wir können das auch, wenn alle unsere Mitglieder (sich befreit sind, durch die Tat die Frage beantworten: „Wie bringen wir unsere Bewegung vorwärts?“

Sozialistische Rechtsauffassung.

Wir waren bisher der Meinung, daß die Befehle eines Landes für alle Bürger desselben ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit Geltung haben, und von allen respektiert werden. Dem ist nicht so; die Sozialdemokratie vertritt eine eigene Rechtsauffassung. Dies zeigt sich bei einer Betrachtung, welche die sozialdemokratische Presse der Schweiz an den Freispruch eines christlichen Gewerkschaftlers durch das Schwurgericht des Kantons Zürich in Pfäffikon knüpfte.

Im April d. J. trat ein sozialdemokratisch organisierter Kaler Zürichs unter Vertragsbruch zu dem Zwecke in den Streik, das vorher schon vertraglich innegehabte Arbeitsmonopol bei den organisierten Kalermeistern auch auf die unorganisierten Meister auszuweihen. Bei diesen arbeiteten bisher die christlich organisierten Gehilfen, weil ihnen infolge des Monopols die Betriebe der organisierten Arbeitgeber versperrt waren. Trotz dieser Situation hatte der christlich-sozialen Kalerverband auf Anfrage den organisierten Meistern durch Jürulac bekannt gegeben, daß sie, die christliche Gewerkschaft, unter keinen Umständen ihre Mitglieder in Werksstätten schide, wo gearbeitet würde. Im übrigen hat der sozialdemokratische Verband ein gemeinsames Vorgehen abgelehnt. Die christlich-organisierten Kaler haben also die weitgehendste Solidarität geübt. Noch weiter zu gehen und auch bei den unorganisierten Meistern die Hand zur Schaffung eines roten Monopols zu bieten, dazu hatten sie wahrlich keine Veranlassung und niemand wird ihnen daraus einen Vorwurf machen. Anders die Sozialdemokratie. Sie erblicke in dem Verhalten der christlich organisierten Kalergehilfen einen Streibbruch und durch ihre Hege brachte sie es fertig, daß es zu Erfolgen kam. Wiederholt wurde den christlich organisierten Kaler von den Streitenden sowohl auf der Straße wie auf den Arbeitsplätzen bedroht und tötlich angegriffen. So auch am 15. April, wo der Streitende Wybler mit mehreren Genossen in ein Haus einbrach, in welchem die christlich organisierten Kaler Kaiser und Dillmann arbeiteten, um diese zur Niederlegung der Arbeit aufzufordern. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf Kaiser, um die Angreifer abzuwehren, einen Revolver zog, und warnte, er würde schießen, wenn Wybler von seinen Angriffen nicht ablasse. In dem Augenblick, als er seitwärts einen Schreckschuss abgeben wollte, stürzte sich Wybler auf ihn. Der Schuß ging los und traf Wybler vorne links in die Bauchhöhle. Wybler starb an den Folgen der Verletzung am 21. April. Der traurige Vorfall hatte eine Anklage Kaisers zur Folge. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, sodas Kaiser, der in bereitwilliger Notwehr gehandelt hatte, freigesprochen wurde. Die schweizerische bürgerliche Presse äußert sich, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, dahin, daß durch den Urteilspruch einmal dem Volksempfinden Rechnung getragen worden sei. So schreibt u. a. die freisinnige „Neue Zürcher Zeitung“:

„Daß ihr Verdikt (Wahrspruch der Geschworenen) in sich eine scharfe Verurteilung der Einschüchterungs-, Bedrohungs- und Prügelpraxis birgt, die unsere Streitenden als ihr soziales Recht ausüben und ausüben, ist nicht dazu angetan, ihm unter den Anhängern des gemeinen und für alle gleichen Rechtes Gegner zu schaffen. Unsere wirtschaftlichen Kämpfe müssen aufhören, im Zeichen des Faustrechtes geführt zu werden. Jedenfalls soll sich, wer zuerst die Gewalt anruft, nicht wundern, wenn die Gewalt sich wider ihn kehrt.“

Anders malt sich die Rechtsauffassung bei den Sozialdemokraten. Diese wird im „Vollrecht“ also definiert: „Wybler vertrat also nach unserer sozialistischen Auffassung ein Rechtsgut und seine Handlungen waren nach unserer sozialistischen Auffassung gesetzlich. Wegen einer gesetzlichen Handlung erlitt er keine „berechtigte“ Notwehr im Sinne des Gesetzes, folglich ist Kaiser nach sozialistischer Rechtsauffassung ein Totschläger und kein in Notwehr Handlender.“

Wenn auf die Art und Weise das Rechtsempfinden der Arbeiter beeinflusst wird, dann braucht man sich allerdings nicht mehr zu wundern, was man sich sozialdemokratischerseits gegen anberührende Volksschichten, insbesondere aber gegen die christliche Arbeiterschaft erlaubt.

Gewerkschaftstaktik im Tarifwesen.

Ueber die Gewerkschaftstaktik im Tarifwesen be- stehen innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaften große Meinungsverschiedenheiten. Zum radikalen Flügel, der einer friedlichen Tarifpolitik feindselig gegenübersteht und mit der Leipziger Volkszeitung in

dem Wunsch einig ist: „Zum Teufel mit den Tarifverträgen“, gehört der „Zimmerer“, das Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes. Dieses Blatt hatte Ende 1911 das Tarifverhältnis der Buchdrucker als „die größte Schwäche der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ bezeichnet und an der Spitze des Buchdruckerverbandes scharfe Kritik geübt. Darauf antwortet der Vorliegende Döblin des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes mit einem längeren Artikel in den Sozialistischen Monatsheften (2. Heft 1912), worin er die Klassenkampfbild in die Kumpellammer verbannt und einer möglichst friedlichen Verhandlung das Wort redet. Der Zimmerer stände noch auf dem längst verlassenem Standpunkt, daß jede kleine Differenz auf dem Kampfboden zum Austrag gebracht werden müsse. Eine Organisation, die sich wirklich ihrer Kraft bewußt sei, brauche dieses Säbelraseln nicht, sie könne ohne Einbuße ihres Ansehens den Weg der Verhandigung beschreiten:

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß auch durch die operetrischen Kämpfe das Unternehmertum in seinen Zugeständnissen den durch die gewerbliche Lage gezogenen Rahmen nicht überschreitet; kann dieses Zugeständnis auf friedlichem Wege erreicht werden, so ist das der größte Erfolg einer Arbeiterorganisation.“

In seiner Antwort auf diese Belehrung erklärt der „Zimmerer“ (Nr. 6, 1912), daß Döblin mit diesem Satz an ihm vorbeigetroffen habe, denn er strebe auf dem gleichen Standpunkte. „Für so nämlich, das Gegenteil zu vertreten, sollte man doch keinen Arbeiter halten. Die Frage sei nur, wie eng oder weit dieser „durch die gewerbliche Lage gezogenen Rahmen wäre. Darüber, so höhnt der „Zimmerer“, sei Döblin kraft der von ihm selbst gerühmten Intelligenz mit den Unternehmern immer bald, mit seinen eigenen Mitgliedern aber noch niemals einig gewesen und würde in Zukunft mit ihnen immer weniger einig werden. Das sei „die Misere im Buchdruckerverband“. Daher auch bei jeder Tarifrevision die nervenzerrüttenden Konflikte mit dem nachfolgenden Löskschlagen auf die „rebellischen Buchdrucker“, ein Spiel, das der „Zimmerer“ aber nicht mitmache. Bei ihm sei das Wort Demokratie noch nicht leerer Schall und Rauch; im Zimmererverband hätten die Mitglieder neben den Pflichten auch noch Rechte, vor allem bei den Fragen des Arbeitsvertrages das entscheidende Wort zu reden. In diesem Prinzip des Zimmererverbandes werde auch Döblin mit seinen Artikeln nichts ändern.

So stoßen im „freien“ Gewerkschaftslager die Gegenfälle aufeinander. Vom Standpunkt des sozialdemokratischen Parteiprogramms hat der Zimmerer zweifellos die Vogt auf seiner Seite, wenn auch sein Standpunkt den Anfang vom Ende jeglicher praktischen Gewerkschaftsarbeit bedeutet. Der latente Zwist zwischen Partei und Gewerkschaften, der nur infolge Unterwerfung der letztern nicht mehr so leidenschaftlich und offen zu Tage tritt, hat im Gewerkschaftslager selbst seinen Niederschlag gefunden und muß hier früher oder später zum Austrag kommen. Daß es dabei zu schmerzlichen Kämpfen und einer Störung der Gewerkschaftsarbeit zum großen Schaden der Arbeiterinteressen kommen wird, liegt klar auf der Hand. Das ist das Verhängnis der Verquickung von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung, hier liegt die Wurzel alles Uebel. Treffend sagt der Demokrat Baummann in seinem offenen Brief an Hebel (Oktoberszt des März 1911) „Als Gewerkschaftler Gegenparteienschaft, als Sozialistunfantsmann, so schleppen Hunderttausende diesen Zwiespalt der Natur mit sich.“

Das Brandmal des Arbeiterverraats.

hastet bellend der Sozialdemokratie als Rainschneide unansprechbar an der Stirne. Deshalb hebt im roten Lager allemal ein höllisches Geschrei an, wenn man, wie das in den Artikel „Streibredner“ in Nr. 9 der „Sch.-Z.“ geschildert, den roten sogenannten Arbeiter „betreten“ die Feindeslertare etwas läßt, um den heuchlerischen Arbeiterchaft das wahre Gesicht dieser Feindeslertare zu zeigen. Die sozialdemokratische Presse (vergleiche „Volkszeitung“, Düsseldorf vom 18. Mai) dreht und windet sich vor Unbegreiflichkeit und Wutausbrüchen über die ihr unerträgliche Maßregeln hinwegzusetzen. Es ist die alte rote Feiertags-Rede, die über „christliche Schwindelbänänder“ und die Beschimpfung der abgeworfenen sozialdemokratischen Verlegenheitsbildung „christlicher Verrat“ beim Putsch im Ruhrgebiet. Um der sozialdemokratischen Presse nun bei ihrer Suche nach Arbeiterverrat auf die rechte Spur zu helfen, wollen wir die Wäste der sozialdemokratischen Arbeiterverräter, noch etwas weiter lässen und den Artikel „Streibredner“ durch einige weitere sozialdemokratische „Selbstbekenntnisse“ ergänzen.

In Salken (Oberpfalz) fanden 1908 die christlich organisierten Keram- und Steinarbeiter in einer Lohnbewegung. Die Genossen hatten bisher vergeblich versucht dort festen Fuß zu fassen. Bei der Lohnbewegung meldeten sie sich an dem Tage, wo für 129 christlich organisierte Arbeiter die Kündigung abließ, in Stärke von 30 Mann zur Arbeit; sie verhielten dem Werksdirektor fogar, daß sie an anderen Tage noch 100 Mann vom Hofenbau in Regensburg mitbringen würden. Der hinterlistige Streik mißlang aber.

Der christliche Bauarbeiterverband hatte 1909 über ein Kaufstima in Eschweiler beiachen die Sperre verhängt sozialdemokratisch organisierte Maurer berriedert Streibrednerarbeiten. Der rote „Grundstein“ (Nr. 28/1909) bestätigt das, indem er schreibt, daß seine Anhänger so gehandelt hätten aus „Selbsthaltungstrieb“. Der ein Genosse habe nicht den Streibredneragenten gemacht, sondern habe nach Hause fahren müssen und bei dieser Ge-



**Schneider.** Die beiden größten Firmen beschäftigen allein je 30 bzw. 28 Kollegen. Die Arbeitsteilung, die in fast allen Industrien bis ins Kleinste durchgeführt ist, finden wir auch hier bei den Schneidern. In der Praxis ist der Geschäftsgang der: Einige Kollegen machen die Modelle, andere, die sogenannten Zeichner, gestalten nach den entworfenen Modellen die zu schneidenden Gegenstände auf den Stoff, während die Stillschneider die aufgegebenen Sachen ausschneiden. Diese Geschäftspraxis, die dazu angeht, ist leistungsfähigster der Kollegen auf das höchste zu steigern, ist fast von allen Firmen eingeführt. Eine Ausnahme macht u. a. die größte Firma Heimann u. Seidelberg, hier arbeitet jeder Kollege selbständig.

Als eine Härte wird das Pensumstrennen empfunden. Dieses beläuft sich sogar auf 60-80 Garnituren (d. h. Anzüge) pro Tag, welches des Letzteren gar nicht zu erreichen ist, besonders dann nicht, wenn einzelne Sachen zu schneiden sind oder viel Extrararbeiten an das Stück kommen. Das ist dann oft die Ursache zu Streitigkeiten.

Mit der Arbeitsleistung steht die Entlohnung in keinem Verhältnis. Obwohl die Modellzeichner bis 3000 auch 4000 M. pro Jahr, vereinzelt auch mehr, erhalten, wird die übrige Kollegenschaft weit niedriger bezahlt. So werden die Kollegen, welche in der Branche anfangen, mit 15, 18, 20 M. pro Woche entlohnt. Sie steigen langsam auf 25-30 M., ja es gibt sogar Kollegen, die schon mehrere Jahre bei ein und derselben Firma als Zeichner beschäftigt sind und sich mit 23 M. pro Woche zufriedengeben müssen. Diese angegebenen Löhne beziehen sich 1/2, der gesamten Kollegenchaft, die 1/2 erhalten 30-60 M. und mehr pro Woche, sind aber bereits 10-25 Jahre in der Branche tätig und besitzen die besten Voten. Ueberstunden werden vielfach mit 0,80 bis 1.— M. bezahlt.

Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 1/2-10 1/2 Stunden. Während bei einigen Firmen am Sonnabend um 5 Uhr Feierabend gemacht wird, müssen die Kollegen bei anderen Firmen bis 7 Uhr, im Winter bis 1/2 8 und 8 Uhr durcharbeiten.

Aus Vorstehendem ist zu ersehen, daß im Arbeiterverhältnis der hiesigen Schneider unzulässige Zustände eingetreten sind. Diefelben fanden bereits in zwei von uns einberufenen gut besuchten Versammlungen am 20. Mai und 1. Juni von Referent Kollegen Koste und den Diskussionsrednern ihre entsprechende Beurteilung. Alle Kollegen waren sich darin einig: 1. daß die jetzige Entlohnung viel zu niedrig ist, insbesondere für die Anfänger; 2. daß ein Minimallohn mit steigenden Sägen und Lohnaufbesserungen für alle beschäftigten Kollegen einzutreten muß; 3. daß eine einheitliche Arbeitszeit und am Sonnabend ein früherer Arbeitsstopp, möglichst um 4 Uhr nachmittags, eingeführt werden müßte; 4. daß der Urlaub bei allen Firmen gleich geregelt wird; 5. daß die Verhandlung unserem Stande entsprechend sein soll und daß nicht ein z-belliger Kaufmannslehrling uns zu kommandieren hat; 6. daß etwaige Forderungen dem Verahrempfänger werden müßten, damit die Schmutzleistung entsprechend wird. Alle waren sich darin einig, daß alles dieses nur erreicht werden kann, wenn sich die Schneider organisieren und unserem Verband anschließen. Deshalb ist zur Werberarbeit für unsere Organisation! Ein guter Teil der Kollegen hat ihre Mitgliedschaft bereits eingeleistet, alle müssen folgen, denn nur Einigkeit macht Kraft.

**Stiftungen.** Im Jahre 1910 wurde von fr. Verband in Vad Riffingen für das Damen Schneidergewerbe ein Tarif mit der einzigen am Orte bestehenden Firma abgeschlossen. Dieser Tarif enthielt einen Minimallohn für Damen Schneider von 36 M., für selbständige Schneiderinnen 20 M. Im Sommer 1911 wurde von Seiten der Kollegen, welche hier am Orte waren, der Wunsch geäußert, diesen Tarif zum 1. Mai 1912 zu kündigen und neue Forderungen einzureichen, was auch darin seinen Ausdruck fand, daß die Kollegen schon im letzten Sommer einen Tarif ausgearbeitet, welcher unter anderem für Damen Schneider einen Minimallohn von 30 M., und für Schneiderinnen einen Minimallohn von 24 M. auswies, und zum Frühjahr eingereicht werden sollte. Der Tarif wurde auf Anregung eines Kollegen Braun, welcher Mitglied des freien Verbandes ist, und bei der Firma Fassauer und Braun tätig, zugleich Bruder des einen Firmeninhabers ist, umgeändert und von 30 auf 42 M. für Damen Schneider erhöht, welche Forderungen von Seiten des freien Verbandes am 1. Mai d. J. eingereicht wurde. Da der Tarif nun gekündigt war und wie die Mehrheit wünscht, um die Verwaltung des freien Verbandes genügt, und zu erlauben, gemeinsam die Lohnbewegung zu führen, womit wir uns auch einverstanden erklärten. Drei Tage vor dem Streit hatten wir eine gemeinsame Damen Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung, worin der Kollege Braun alle Kollegen und Kolleginnen zur Standhaftigkeit aufforderte. Am 16. Mai, nach Ablauf der Kündigungsfrist, fand es der Betreffende sehr, am Tage darauf hat es derselbe zum Streikbrotter gebracht und binnen 3 Tagen folgten ihm 8 Kolleginnen beigesetzten Verbände. Wir lieben uns dadurch nicht weissen der Streikere des christlich und freien Verbandes auf das Gewerbegericht zu einer Verhandlung eingeladen. Diese schloß jedoch die Verhandlungen ab, mit der Begründung, der Tarif sei von Nichtfachleuten (Damen Schneider) ausgearbeitet. Wir arbeiteten Johann eine neue Tarifvorlage aus und reichten diese den beiden in Frage kommenden Firmen ein. Nach weiterem tätigen Streik erkannte die Firma Buro den selben an, während die Firma Fassauer und Braun sich erst nach weiteren 10 Tagen dazu bequimte, hatte sie doch eine Anzahl frei organisierter Hausarbeiter, die es ihr ermöglichte, den Fortmächtigen zu spielen.

**Eine christlich-nationale Kundgebung an der Porta Westfalica.**

Auf Einladung eines aus Vertretern der christlichen Gewerkschaften, konfessionellen Arbeiter- und konfessionellen Junglingsvereinen gebildeten Komitees veranstalteten am 9. Juni 1912 die christlich-nationalen Arbeiter von Minden-Ravensberg und Lippe am hiesigen Kaiser Wilhelm-Denkmal eine mächtige christl.-nationale Kundgebung, bestehend in Vorträgen und Ansprachen, gemeinschaftlichem Gesang und musikalischen Darbietungen. Hauptredner waren Amtsgerichtsrat Lattmann (Schmalbalg), Pastor Dr. Philipps (Carlsdorfburg), Direktor Pastor Sturmann (Gobesberg), Dr. Nieber (H.-Glabach), Generalsekretär Stegerwald (Ahn), Reichstagsab-

geordneter Behehrs (Effen), Pastor Dr. Möller (Gittersloh) und Redakteur Ballbaum (Bethel). Ein für diesen Zweck besonders zusammengewählter Posaunenchor von 600 Musikern unter Leitung des Pastors Kubio (Bethel) beitrug den musikalischen Teil.

Um 2 Uhr mittags begann der Aufmarsch der ersten Teilnehmer, die teils mit der Eisenbahn in Sonderzügen teils zu Fuß oder auf Waldwegen aus allen Dinnelrichtungen herbeigeströmt waren. Immer neue Scharen rüdten an und nahmen auf dem großen Denkmalplatz Aufstellung, und als um 3 Uhr die weithin erklingenden Klänge der 600 Posaunenbläser den Anfang der feierlichen Zeremonie verkündeten, da mochten wohl an 25 000 Personen um das Kaiser Wilhelm-Denkmal versammelt sein. Der gewaltige Andrang machte es notwendig, daß gleichzeitig von zwei verschiedenen Stellen aus geredet wurde. Zweisprachig erklangen Mühsüde und gemeinschaftliche Liebes.

Gewerkschaftssekretär Oberhoff (Vielefeld) begrüßte die Gemeinschaften im Namen des Festauschusses und betonte, der Zweck der Kundgebung sei, nach außen hin zu dokumentieren, daß nach viele Tausende von Arbeitern treu zu Thron und Altar stehen und sich nicht unter das sozialdemokratische Joch beugen. Die Arbeiterschaft des Minden-Ravensberger und des Lipper Landes komme erfreulicherweise immer mehr zu der Erkenntnis, daß ihre Interessen in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung besser aufgehoben seien als bei der Sozialdemokratie. Möge der heutige Tag unserer Bewegung neue Mitglieder und Freunde zuführen.

Prof. Dr. Schraber (Vielefeld) brachte den Kaiserlohn aus. Der Redner erinnerte eingangs seiner Rede an die Beschimpfungen des preussischen Staates durch den Abgeordneten Scheidemann im Reichstag, auf welche die Antwort aller wahren Patrioten sein müsse, sich treuer und fester um unseren Kaiser zu scharen. In das Kaiserhoch stimmte die vieltausendköpfige Menge begeistert ein. Stürmischen Beifall fand auch der im Anschlusse daran gemachte Vorschlag, ein Telegramm an den Kaiser zu senden. Dasselbe hat folgenden Wortlaut: „Em. Majestät senden 25 000 christlich-nationale Männer aus Minden-Ravensberg, welche am Denkmal des unverglichenen Kaisers Wilhelm I an der Porta Westfalica zu einer christlich-nationalen Kundgebung versammelt sind, ehrerbietigen Gruß und das Gelobnis unumwandelbarer Treue.“

Das erste Hauptthema: Vaterland-Königstum-Soziale Reform behandelten Amtsgerichtsrat Lattmann und Pastor D. Philipps. Ersterer sprach seine Rede mit dem Ausspruch: „Lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten!“ Das gelte heute mehr denn je. Deutschland liege vor Feinden umgeben. Unser weiltlicher Nachbar Frankreich sei uns nicht wohl gesinnt, und zu England bringe uns unsere wirtschaftliche Entwicklung immer mehr in Gegensatz. Wenn wir auch gewiß nicht den Krieg wünschen, so sei es doch klug, wenn wir uns für alle Fälle rüsten. Am den Gefahren gegenüber dem Auslandes gemoppert zu sein, muß Disziplin im Innlande herrschen. Wir leben die Republik ab und wollen auch von einer Parlamentsherrschaft nichts wissen. Wirhalten fest an unserem mit schwerem Opfern erkaunten Kaiserthum. Aber wir haben auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß alle Stände im Vaterland sich wohl fühlen. Im Gegensatz zu der die soziale Revolution präbierenden Sozialdemokratie sehen wir auf dem Boden der sozialen Reform. Bei der Sozialdemokratie finden wir nur Hoff, niemals herzliche Liebe und Freundschaft. Es ist behauerlich, daß die Sozialdemokratie so stark geworden ist, aber wir brauchen trotzdem nicht zu verzagen; in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist ihr ein Gegner entstanden, der sie einst überwinden wird. Diese christlich-nationale Bewegung nach Kräften zu unterstützen und zu fördern, ist unsere Pflicht.

Der zweite Redner, Herr D. Philipps, bezeichnete es als eine Schmach und Schande, daß man einen Führer der Umsturzpartei zum Reichstagspräsidenten gewählt habe. Unsere Gewerkschaft, so führte er aus, gilt allen, die unser Vaterland antasten. Wir lieben unser Vaterland, für das unsere Härte Gut und Blut eingestiftet haben, und ein freies Volk wohnt darin. Aber auch Treue unserem Kaiser und König, unserem Herrscherhaus der Hohenzollern! Mehrere des Reiches sind die Hohenzollern stets gewesen. Diefem Herrscherhaus verbunden wir auch die soziale Reform, die ihren Ursprung hat in den Tagen der Schmach, dem traurigen Rentat auf den Kaiser und König, zu dessen Füßen wir hier versammelt sind. Unser Kaiser hat das Werk fortgesetzt. Gegenüber der sozialistischen Bewegung gilt es, sich mit Mut und Glauben zu stärken, die uns beherlichen Gaben zur Entfaltung zu bringen und die Feinde unseres Herrscherhauses niederzuwerfen. Vorwärts auf dem Wege des praktischen Christentums und der sozialen Reform!

Dann sprach Direktor Pastor Sturmann über Christliche oder sozialistische Weltanschauung? Die Ausführungen des Redners spielten in folgenden Sätzen: Der große Entscheidungskampf zwischen Christentum und Unchristentum ist angebrochen und wird ausgekämpft auf deutscher Erde. Gewiß es gibt noch andere Lebensfragen und andere Gegenstände, welche die Geister trennen, aber die entscheidende Frage und der entscheidende Gegensatz liegt auf dem religiös-sittlichen Lebensgebiet sowohl der einzelnen Personlichkeit wie auch eines ganzen Volkes. Auf dem vorjährigen Parteitage in Jena hat Bebel den Satz ausgesprochen, wenn heute Jesus Christus zum zweiten Male auf die Erde kommen würde, dann würde er zur Sozialdemokratie kommen. Wir protestieren gegen solche Annahmen als einer Beschimpfung unserer christlichen Weltanschauung. Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Die Entscheidungsfrage spielt sich zu dem Schicksal zu: Sie Christentum — die Widerchristentum? Welcher Geist soll entscheiden über die Zukunft unseres Volkes? Der Geist des Glaubens und der Kraft der Liebe oder der Geist des Hades mit der Macht der Verneinung und der Gewalt des Umsturzes? Die Antwort hängt von jedem einzelnen ab, die Gesamtheit wird so, wie der einzelne ist. Wohlan denn, legen wir Kraft gegen Kraft, Glauben gegen Unglauben, Frömmigkeit gegen Gottlosigkeit, Wahrheit gegen Lüge, Gerechtigkeit gegen Bosheit, Liebe gegen Haß, Justiz gegen Unjustiz, Freiheit gegen Terrorismus, Verschönlichter gegen Rasse, Christentum gegen Sozialismus. Die Strafprobe wird gelingen, wenn wir uns denöndern im persönlichen Leben, im Familienleben, im Berufsleben, im öffentlichen Leben als wahrhaft christliche Charaktermenschen. Darum soll auch heute hier von neuem der Männerchor der Treue bis in den Tod erklingen. Mit Gott für Christentum und Deutschtum! Die christlich-nationale alle Wege!

Dr. Dr. Nieber führte aus: Die Sozialdemokratie verdirgt — besonders vor einer gläubigen Bevölkerung — ihre fundamentalen Unterschiede gegenüber der Weltanschauung des Christentums. In der Beurteilung der Verfasslichkeit Christi und der Entzcheidung des Christentums entscheidet bei der Sozialdemokratie materialistische Geschichtserklärung. Demen, die sich mit Wahrheit Christen nennen, ist Christus mindestens die einzigartigste Verfasslichkeit, die der Weltgeschichte neue Bahnen gewiesen hat. Ziel und Zweck des Menschens wird von der Sozialdemokratie unter Ausschluß der Jenseitsbestimmung einseitig diesseitig-materialistisch entschieden. Ganz konsequent sucht man auch die Jugend in diesem Geiste zu erziehen. Die Werte, welche eine jahrhundertlange christliche Volkserziehung geschaffen, werden verbraucht, und als Ersatz bietet die Sozialdemokratie eine Moral ohne höhere Autorität, die keine Quellkraft für große soziale Neuerungen hat. Die Einheit und Reinheit des Familienlebens, das die Sozialdemokratie geröttern will, ist ein privates und öffentliches Gut von entscheidender Bedeutung, das wir nicht preisgeben dürfen.

Der dritte Hauptvortrag beantwortete die Frage: Was erfordert die Gegenwart? Der erste Redner, Generalsekretär Stegerwald, besprach dazu einleitend die gegenwärtige Situation in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Heute stehe als unbestreitbare Tatsache fest, daß neben den sozialdemokratischen lediglich die christlichen Gewerkschaften sich eine adäquate Stellung im deutschen Volksleben erarbeitet hätten. Für lottunrensfähige konfessionelle Gewerkschaftsorganisationen fehlten in Deutschland sowohl praktisch die Voraussetzungen, wie sie auch grundsätzlich erforderlich wären. Die Hintermänner der Berliner Fachabteilungen hätten sich als vollständig unfähig erwiesen, aufbauende organisatorische Arbeit zu leisten. Der Vorstoß der „Berliner“ in Rom sei als eine Verzweiflungsthat anzusehen, mit der man glaubte, aus einer unangenehmen Situation herauszukommen. Aber auch damit könne ein verfehltes System nicht gesetzt werden. An den Grundfragen und der Praxis der christlichen Gewerkschaften würden die Vorgänge der letzten Wochen nicht das allermindeste ändern. Die gewerkschaftliche Treue und Waffenbrüderchaft der Katholiken und evangelischen Arbeiter sei unerschütterlich.

Reichstagsabgeordneter Wehrs führte aus: Deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit haben sich die Achtung der Welt erworben. Der Wohlstand im Lande wächst, auch der Wohlstand der Klassen. Unsere soziale Versicherungsgegebung ist unzureichend. Der sozialdemokratische Geist muß, wenn er zur Herrschaft gelangt, unserem Volk zum Verderben werden. Die Gründung der christlichen Gewerkschaften, die unter großen Opfern herbeigewonnen sind, war daher eine nationale Tat. Die Geister scheiden sich immer mehr. Die Welt vor Klassenkampf, die falsche ist, vernichten die christlich-nationalen Arbeiter. Wir alle sind Glieder eines Volkes und gehören zusammen. Wirksortstragen dürfen nicht höher stehen als die höchsten Fragen des Menschenseins und der Nation. Höher als der Vortorb und die Erziehungserhältnisse steht das Verhältnis zu Gott, für König und Vaterland. Die Gegenwart fordert, daß wir Vellemermut haben gegenüber den ungläubigen, materialistischen Wesen. Die christlich-deutschen Männer müssen vor die Front, evangelische wie katholische. Wir lassen uns nicht tenten.

Zum Schluß richteten Pastor Dr. Möller und Redakteur Ballbaum die Rahmung und Bitte an die Festteilnehmer, das Gedächtnis brauchen im Lande wichtig zu vermerken und allezeit treu und mutvoll für die christlich-nationale Sache zu streiten, denn sie sei es wert, daß man seine Kraft dafür einsetze. Sämtliche Redner ernteten rauschenden Beifall für ihre Ausführungen. Gegen 6 Uhr ereichte die imposante Kundgebung ihr Ende, und unter dem Klängen der Musikchöre zogen die Massen nach allen Richtungen wieder ab, nur Begleitern im Herzen für die große christlich-nationale Sache.

**Arbeitsnachweis.**  
**Tüchtiger Schneider**  
auf Uniform sofort gesucht. Näheres durch Kollegen  
Johann Diemer Wilhelmshaven  
Luisenstr. 4.

**Tüchtiger Großknecht, sowie jüngerer Geselle**  
auf Uniform sofort gesucht. Näheres durch Kollegen  
Johann Diemer Wilhelmshaven  
Luisenstr. 4.

**Tüchtigen Schneider**  
auf I. und II. Tarif sucht  
Gottfried Krausz  
Rehmstr. 5. Bogen.

**Adressänderung.**  
Herrn. Vorsitzender ist Kollege Franz Friebl,  
Vorgebirgstraße 6/2.

**biterarisches.**  
Dr. Sieb. Was Jedermann bezüglich der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen muß. Preis 2 Pfennig.  
Die wesentlichen Änderungen und Erweiterungen des ursprünglichen Gesetzes, welche am 1. Januar 1912 in Kraft traten, lassen es für alle an der Versicherung Beteiligten, Behörden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Vorstände und Mitglieder von Unfall- und Krankenkassen, Vereinen usw. bringen notwendig erscheinen, sich mit diesen neuen Bestimmungen bekannt zu machen und dürfte dafür die Anschaffung vorstehend genannten Werkes sehr zu empfehlen sein.  
Zu beziehen durch den Verlag: Germania, A.-G., Berlin W., und der Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

**Insertionspreis.**  
Die 4 gespaltene Petitzeile  
oder deren Raum 40 Pfg.  
Stellensuche 20 Pfg.

**Insertate**

**Rabatthöhe.**  
Bei 3-28 maliger Aufnahme  
10-50% Rabatt.  
Für Jahrestellen und Mitglieder  
25% Ermäßigung.

**Schneider**

die in der Lage sein wollen, für den steten Wechsel der Mode tadellos passende vollendete Schnittmuster zu entwickeln, finden eine vorzügliche fachmännische Ausbildung unter erfahrenen Lehrern an der

**Süddeutschen Bekleidungs-Akademie**

Tübingenstr. 92 **Stuttgart** Gegründet 1882  
Telefon 1969.

Als erstklassige Fachlehranstalt überall bekannt. Für alle Körperhaltungen gleich gute Erfolge garantiert. Leicht erlernbares, an Sicherheit unübertroffenes System, ein Triumph für die moderne Schneiderei.

Verlag der reichhaltigen, gediegenen Fachzeitung „REFORM“. Erfolgreiches Placment von Zuschneidern kostenlos. Beginn neuer Kurse am 1. und 8. jeden Monats. Rechtzeitige Anmeldung notwendig.

**Schnittmuster-Versand.**

Prospekte gratis.

Direktion **J. Lehner.**

**Gewerkschaftssekretär gesucht!**

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Düsseldorf sucht zum baldigen Eintritt einen Sekretär. Es wird nur auf eine tüchtige Kraft reflektiert, die gründliche agitatorische und organisatorische Befähigung nachweisen kann. Selbstgeliebte Bewerbungen mit Lebenslauf und Angaben über die bisherige gewerkschaftliche Betätigung, sowie einem kurzen Aufruf über die Aufgaben eines Kartellbeamten sind, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, bis zum 30. Juni cr. an den Vorstehenden des Kartells, Herrn Gustav Reuter Düsseldorf, Luisenstr. 33 einzulenden.

**Nachruf!**

Am Montag, den 3. Juni verstarb unser treuer Verbandskollege

**Otto Rojot**

im Alter von 24 1/2 Jahren. Er war vielen Kollegen ein aufrichtiger und guter Freund. Vor 7 Monaten stellte sich ein schweres Lungenleiden bei ihm ein, welches seinen Tod herbeiführte. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm die **Zahlflecke Breslau.**

In Köln starb unser treues Verbandsmitglied

**Georg Start**

im Alter von 18 1/2 Jahren. Ein treues Andenken bewahrt ihm die **Zahlflecke Köln.**

**Moden-Akademie**

der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen.  
**Zuschneide-Lehranstalt I. Ranges**

Prämiert Krefeld 1911

Verlag der „Praktischen Fachwissenschaft“.

Ausbildung von Zuschneidern, Direktrizen und Kürschnern. Vollständige Ausbildung zur Ablegung der Meisterprüfung. Neue Lehrbuchausgaben im Damen- und Herrenfach. Hauptkurse beginnen am 1. und 15. jeden Monats. Abendkurse täglich. Stete Nachfrage nach Direktrizen und Zuschneidern. Illustrierter Prospekt durch die Geschäftsstelle

**Köln a. Rh., Neumarkt 27-29,** Ecke Thieboldsgasse  
Telephon B 5854.

**Schneider-Akademie**

für Damen- und Herren-Garderobe

Wilh. Peters & Sohn

**BERLIN,** Schloss Neuenhagen, Ostbahn.

Filialen: Hannover u. Köln. Fachwissenschaftl. Lehranstalt I. Ranges. Vielfach prämiert. Tadellose Ausbildung. Lehrbücher z. Selbstunterricht. Schnittmuster.

Die schönste Schneider-Akademie der Welt.

Beide Inhaber Fachleute und Lehrer an Handwerkskammern u. Innungen usw. Prospekte frei. Mitgl. des Verbandes 5% Rabatt.

Die Direktion.



Die gediegenste beste Ausbildung im Zuschnitt der gesamten

**Damen- oder Herrengarderobe,**

nach praktisch erprobtem System, mit den neuesten fachtechnischen Erfahrungen, bekommen Sie an der

**Ersten deutschen**

**Zuschneider-Vereins-Schule**

**MÜNCHEN Maffeistr. 9.**

Telefon 21 083.

Hervorragende Stellenvermittlung.

Prospekte gratis.

Erklatfiffes

**Zuschneide-Lehr-Institut**

für H. Herren- und Damen-Moden

Inh.: Augustin Winkler,

**Breslau, Ohlauerstraße 84<sup>2</sup>,** Eingang Schaubrück.

Am 1. und 15. jeden Monats beginnen neue

**Tages- u. Abendkurse**

Sorgfältige und gewissenhafte Ausbildung. — Geeigneter theoretisch und praktischer Unterricht. — In Referenzen. — Prospekt neuester Auflage zwecks näherer Orientierung gratis und franko.

in ähnlichen Zweigen der Herren-

**Internationale Damen-Moden-Akademie**

System Egg ges. gesch.



Dir.: **A. & B. Egg,**  
**München, Sonnenstr. 13.**

Spezialschule für Damengarderobe Akademische Hauptkurse über modernen Zuschnitt und Anprobe. Beginn am 1. und 16. jeden Monats. Bearbeitungskurse, separate Lehrsäle, Schnellkurse, Eintritt jederzeit. Stellenvermittlung unentgeltlich.

Zur Zeit einfachstes und leichtfasslichstes System.

Das **Lehr-Buch**

Preis nur **M. 16.—**

Prämiert: Höchste Auszeichnung. Nachweisbar von Fachleuten am meisten frequentiertes Institut am Platze. Prospekt, Inhaltsverzeichnis gratis und franko.

Berliner, gegr. 1871  
**Schneider-Akademie**  
von **RUDOLF MAURER**  
BERLIN W. FRIEDRICHSTR. 65<sup>a</sup>  
FACHLEHRANSTALT I. RANGES für Herren- Damen- und Wäsche-Schneiderei  
VERLAG von LEHRBÜCHERN für Herren- und Damenschneider  
MODEZEICHNUNG Prospekte gratis

